

Es ist ein deutlicher Beleg für das mühsame Vorankommen des Reformprozesses in der *Sowjetunion* (vgl. ds. Heft, S. 117 ff., daß dort noch nicht einmal ein offizieller Entwurf eines neuen Religionsgesetzes vorliegt. Die 1989 bekannt gewordenen vorläufigen Entwürfe (vgl. HK, Mai 1989, 206 ff.) signalisieren zwar im Blick auf die sowjetische Situation einen gewaltigen Schritt nach vorn, bleiben aber deutlich hinter dem jetzt verabschiedeten ungarischen Religionsgesetz zurück.

III

Wandel

US-Bischöfe sorgen sich um Finanzprobleme – zu Hause und nun auch in Rom

Als der Papst im Januar den bisherigen Erzbischof von Detroit, Kardinal *Edmund Szoka*, zum neuen Präsidenten der (vatikanischen) Präfektur für Wirtschaftsangelegenheiten ernannte, überraschte das kaum jemanden, der Person und Hintergründe einigermaßen kannte. Der polnischstämmige Szoka gilt seit langem als ein dem gegenwärtigen Papst freundschaftlich verbundener Bischof – bei seinem letzten USA-Besuch machte Johannes Paul II. einen einzigen Abstecher in eine Diözese des Nordostens, eben nach Detroit. Szoka entstammt zudem der Kirche eines Landes, das für den Apostolischen Stuhl immer auch so etwas wie eine „magic money-machine“ war: galt die US-Kirche bislang doch als ein leuchtendes Beispiel dafür, daß eine Ortskirche trotz strikter Staat-Kirche-Trennung und ohne den Einzug von Kirchensteuern durch staatliche Finanzbehörden über eine *beträchtliche Finanzkraft* verfügen kann.

Aber was Szoka in der gegenwärtigen Lage der Vatikanfinanzen obendrein interessant macht, sind nicht nur sein finanzieller Rückhalt im Heimatland und das für einen US-Oberhirten unverzichtbare Geschick im „fund-raising“, sondern ist die von ihm vor nicht langer Zeit erst bewiesene Fähigkeit, auch unpopuläre Maßnahmen zur Ge-

sundung der kirchlichen Finanzen zu ergreifen und durchzustehen. Der Name Szoka steht in den Vereinigten Staaten für die inzwischen unumgänglich gewordenen Bemühungen vieler Diözesen, defizitär gewordene Strukturen zu verändern, im schlimmsten Fall auch abzustoßen. Denn seit langem hat die US-Kirche an der schon sprichwörtlich gewordenen Gesundheit ihrer Finanzen beträchtlich eingebüßt.

Szoka ist einer von mehreren US-Bischöfen, deren Entschluß, auch vor kräftigen Einschnitten in den kirchlichen Besitzstand nicht zurückzuschrecken, für Aufsehen sorgte und ihnen allerlei Anfeindungen einbrachte. Vor mehr als einem Jahr schockte der Erzbischof seine Diözesanen nämlich mit der Ankündigung, knapp 50 Pfarreien in der *Innenstadt* von Detroit schließen zu wollen – selbst wenn das, was davon später realisiert wurde, nicht mehr ganz so drastisch ausfiel wie die Ankündigung. Einige Bischöfe hatten ähnliches bereits vor ihm getan, andere folgten ihm – vor wenigen Wochen erst der Oberhirte einer der traditionsreichsten US-Diözesen, Chicagos Erzbischof Kardinal *Joseph Bernardin*.

Das Problem, um das es dabei geht, ist nicht neu und überall im wesentlichen das gleiche: Die US-Kirche befindet sich in einem Strukturwandel, der sie an die Grenzen des noch Finanzierbaren treibt. Bischof *Howard Hubbard* von Albany (Bundesstaat New York) brachte dies einmal auf die einprägsame Formel, daß viele US-Städte schlicht „overchurched“ seien. Gerade in den traditionellen Siedlungsgebieten der US-Katholiken, den inneren Bezirken der Großstädte, entstand eine Vielzahl von Kirchen einzelner ethnischer Gruppen mit ihren jeweiligen Einrichtungen. Mit dem Rückgang des Einflusses und der Bedeutung einzelner Volksgruppen und der stärkeren Durchmischung von Einwanderergruppen (mit einigen bezeichnenden Ausnahmen) hat sich inzwischen die seelsorgliche Bedarfslage geändert.

Hinzu kommt, daß Katholiken als soziale Aufsteiger innerhalb der prote-

stantisch geprägten US-Gesellschaft mehr und mehr in die Vorstädte zogen. So entstand einerseits ein Bedarf an neuen Kirchen in den wohlhabenderen Vierteln am Rande der Städte, während in den Innenstädten sich mehr Unterschichtsangehörige – Schwarze, Latinos etc. – ansiedelten, zugleich aber von den bürgerlich bestimmten Pfarreien zu wenig getan wurde, um diese neuen Gruppen in den Pfarreien zu beheimaten. Und wo es gelang, Schwarze in die Gemeinden hereinzunehmen, verstärkte dies nicht selten den Exodus der Weißen.

Nimmt man die rückläufigen Gottesdienstbesucherzahlen, den Mangel an Priestern und Ordensleuten sowie den Umstand hinzu, daß Laienkräfte in den Schulen, Sozialeinrichtungen und Gemeinden höher bezahlt werden müssen als Zölibatäre, so läßt sich in etwa das Dilemma ermessen, in dem US-Bischöfe sich gegenwärtig befinden. Irgend jemandem treten sie mit den Fragen, die sie stellen, oder den Maßnahmen, die sie treffen, immer auf die Füße: Wie lange soll eine Gemeinde Zuschüsse aus dem diözesanen Finanzausgleich erhalten? Wie tief dürfen die Gottesdienstbesucherzahlen absinken, ohne daß die Aufrechterhaltung einer Gemeindestruktur wegen ihrer Bedeutung für soziale Problemgruppen in Frage gestellt werden muß? Ab welcher Schüler-Lehrer-Relation muß eine Pfarrschule geschlossen oder mit einer anderen zusammgelegt werden?

Und da kaum etwas so heikel ist wie Maßnahmen kirchlicher Behörden, die konkrete Lebensgewohnheiten betreffen, kann man sich ausmalen, welche Auseinandersetzungen solche Änderungen für die betroffenen Diözesen bedeuten. Wo *soziale Fragen* berührt werden, ist dies besonders heikel: Erzbischof Szoka mußte sich gar den Vorwurf gefallen lassen, seine Entscheidungen mit ihren Folgen gerade für die schwarzen Katholiken seien „eklatant rassistisch“.

Man darf also gespannt sein, ob es ihm in Rom gelingen wird, den durch Erzbischof *Marcinkus* lädierten Ruf der Amerikaner im kirchlichen Finanzwesen wieder etwas aufzupolieren. nt